

Der Ampelvertrag

Privat vor Staat, Marktdominanz deutscher Unternehmen und deren internationale Wettbewerbsfähigkeit (Germany First) und die Zementierung der extremen Ungleichverteilung von Vermögen und Einfluss – das sind die Leitlinien der Ampelkoalition. Eine erste Einschätzung

Der vorgelegte Koalitionsvertrag setzt auf Marktsteuerung, Privat vor Staat, Beibehaltung der extremen Ungleichverteilung von Vermögen und Einfluss und vor allem auf die Stärkung des bisherigen Politikmodells ‚Germany First‘, d.h. die Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit ‚deutscher‘ Unternehmen unter Beibehaltung der Austeritätspolitik.

Die Kreditaufnahmeverbotsbeschränkungen durch Schuldenbremse und EU-Fiskalpakt werden formal aufrechterhalten, aber durch eine Vielzahl und den Ausbau von Schattenhaushalten in Form von privat/öffentlichen Fonds legal umgangen. Die dadurch herbeigeführte ‚Rutschbahn in die Privatisierung‘ ist gewollt. Deshalb kommt auch PPP zu neuen Ehren, immer mit der zwinkernden Versicherung: „nur, wenn es günstiger ist“. Wohl wissend, dass neun von zehn PPP-Projekten kostspieliger für die öffentliche Hand sind, gehören solche Versicherungen an einer Vielzahl von Stellen zum Vokabular dieser Koalitionsvereinbarung. Sie erfüllen damit den Zweck, der die Ampelparteien unterstützenden Basis und der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Einem ähnlichen Zweck dient eine in dieser Häufung bisher ungewöhnlichen Fachsprache, die den wahren Charakter der anvisierten Maßnahmen zu verschleiern sehr geeignet ist. Aber auch an platten Allgemeinplätzen fehlt es nicht:

„Wir setzen auf eine sozial-ökologische Marktwirtschaft und auf konkrete Maßnahmen, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden und die Menschen mitnehmen.“ (Alle Zitate aus dem Ampelvertrag sind kursiv gesetzt, Hervorhebungen d.V.)

Der Ampelvertrag erinnert sehr stark an die Schröder-Fischer-Zeiten, in denen neben massiven Steuersenkungen, die bis heute wirken, Deregulierung, Hartzgesetze und Riesterrente den Wirtschaftsstandort Deutschland für das Kapital attraktiv machen sollten.

Damals wie heute gilt: *„Unseren Wohlstand in der Globalisierung zu sichern ist nur möglich, wenn wir wirtschaftlich und technologisch weiter in der Spitzenliga spielen.“*

Uns eint, schreiben die Koalitionäre, ... *„das Bewusstsein, dass dieser Fortschritt auch mit einem Sicherheitsversprechen einhergehen muss...“* Und dieses Sicherheitsversprechen ist, dass Deutschland seine Wettbewerbsposition hält. Entgegen allen blumigen Worten und allen ökologischen Erfordernissen bleibt es beim wertebasierten (so viel Ironie muss sein) Paradigma: **Konkurrenz statt Kooperation.**

Ich mache mir nichts vor: Viele Menschen glauben, dass nur dann ‚unser Wohlstand und unser Sozialsystem gesichert‘ werden können, wenn ‚wir‘ im internationalen Wettbewerb die Nase vorn behalten. Dass das auf Kosten und zu Lasten anderer Länder geht (Beggar-my-neighbour), aber auch zu Lasten der Lebensverhältnisse hierzulande (Wir leben unter unseren Verhältnissen), wird dabei entweder ignoriert oder mangels vorstellbarer Alternativen billigend in Kauf genommen. Ich verweise hier auf mein Buch „Germany First“.

Dabei zeigen GEW, Ver.di, Memorandum-Gruppe u.a. seit Jahren praktikable Alternativen auf, die aber keinen Eingang in den Mainstream, geschweige denn in die Regierungspolitik finden:

eine alternative Steuerpolitik, eine Revision des Kreditaufnahmeverbots (Schuldenbremse) im Sinne der ‚Goldenen Regel‘, wonach Investitionen in die Infrastruktur mit Krediten finanziert werden dürfen, was auch der Generationengerechtigkeit dient, und den Ausbau der nicht renditegetriebenen Gemeinwirtschaft – nicht nur aus sozialen Gründen, sondern vor allem auch aus ökologischen!

Mit Zähnen und Klauen verteidigt nicht nur in den USA eine Oligarchie ihre privilegierte Stellung. Sie macht auf allen ihr zur Verfügung stehenden Kanälen ihren Einfluss geltend, dass dies so bleibt.

So findet sich zum Thema **Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums** von oben nach unten oder wenigstens zu einem Ende der Umverteilung von unten nach oben: NICHTS! Und das ist nicht nur der FDP geschuldet.

Dass das Thema einer ungerechten und undemokratischen (!) Vermögensverteilung in den nächsten vier Jahren auf Bundesebene ausgeklammert wird, ist für sich genommen schon skandalös!

Angesichts der in kritischen Medien verbreiteten Diskussion, besonders markant herausgestellt durch das (zweite ergänzende) Buch von Thomas Piketty „Kapital und Ideologie“, von Berichten wie dem von Oxfam (von Hunderten WissenschaftlerInnen erarbeitet) zeigt ein solcher Koalitionsvertrag, wer in Deutschland das Sagen hat.

Das Arm-Reich-Gefälle hat eben nicht nur eine „Gerechtigkeits“-Seite, ist nicht nur eine moralische Kategorie und betrifft nicht nur die materielle Sphäre und das schnöde Geld.

Es auf soziale Gegensätze zu reduzieren, verkürzt das Problem.

Erst wenn das Ausmaß des Einflusses der Wenigen gegenüber den Vielen und damit die Grundfrage der Demokratie in den Fokus genommen wird, ist das Problem vollständig erfasst.

Deshalb sprechen kritische Autoren auch erst dann von (echter) Demokratie, wenn über die formalen Beteiligungsmöglichkeiten hinaus auch die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten einbezogen und gewährleistet sind („soziale Demokratie“).

Germany First

Allein die Fülle der Zitate aus dem Ampelvertrag zeigt den deutschen Führungsanspruch im knallharten Wettbewerb um Renditen

Unseren Wohlstand in der Globalisierung zu sichern ist nur möglich, wenn wir wirtschaftlich und technologisch weiter in der Spitzenliga spielen.

Deutschland und Europa müssen angesichts eines verschärften globalen Wettbewerbs ihre ökonomische Stärke neu begründen.

Durch bessere Rahmenbedingungen für Hochschule, Wissenschaft und Forschung wollen wir den Wissenschaftsstandort kreativer und wettbewerbsfähiger machen.

Deutschland hat die Chance, zum international führenden Biotechnologie-Standort zu werden.

Die Exzellenzstrategie hat sich bewährt und soll als Wettbewerbsraum einmalig mit zusätzlichen Mitteln für weitere Cluster ausgestattet werden.

Als größte Industrie- und Exportwirtschaft Europas steht Deutschland in den 2020er Jahren jedoch vor tiefgreifenden Transformationsprozessen im globalen Wettbewerb ...

Wir sehen deshalb die Aufgabe, der ökonomischen Stärke unseres Landes eine neue

Dynamik zu verleihen.

So wollen wir bis 2030 Leitmarkt für Wasserstofftechnologien werden

wettbewerbsfähige Strompreise für Industrieunternehmen am Standort Deutschland

Deutschland soll zu einem Zentrum für Forschung, Fertigung und Recycling von Batteriezellen werden.

Gemeinsam mit Sozialpartnern und lokalen Akteuren bauen wir regionale Transformations- und Qualifizierungscluster auf. Wir wollen Deutschland zum globalen Standort der Halbleiterindustrie machen. Dazu soll die deutsche Halbleiterbranche entlang der gesamten Wertschöpfungskette auch finanziell hinreichend unterstützt werden

Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität, zum Innovationsstandort für autonomes Fahren und beschleunigen massiv den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur. Unser Ziel sind mindestens 15 Millionen vollelektrische Pkw bis 2030.

Durch Innovation und Technologieführerschaft sorgen wir für eine wettbewerbsfähige maritime Wirtschaft in Deutschland, insbesondere bei klimafreundlichen Schiffsantrieben

Wir setzen uns für High-Medizintechnik "made in Germany" ein

Die Chemieindustrie steht in einem weltweiten Wettbewerb. Wir stärken ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft, Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie den Produktionsstandort Deutschland, sichern Arbeitsplätze und reduzieren die Risiken des Einsatzes gesundheitsgefährdender Stoffe (z. B. Per- und Polyfluorierter Chemikalien).

Die Eisenbahnverkehrsunternehmen werden markt- und gewinnorientiert im Wettbewerb weitergeführt.

Deutschland soll Vorreiter beim CO₂-neutralen Fliegen werden

Transformation der Wirtschaft

Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland als Grundlage für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und hohe Beschäftigung in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft erhöhen...

Bei der Novellierung der europäischen Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien und anderer Regelungen werden wir darauf achten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gewahrt bleibt.

Deutschland soll führender Start-Up-Standort in Europa werden.

Wir wollen Deutschland zum führenden Standort nachhaltiger Finanzierung machen und uns dabei am Leitbild der Finanzstabilität orientieren.

Für FinTechs, InsurTechs, Plattformen, NeoBroker und alle weiteren Ideengeber soll Deutschland einer der führenden Standorte innerhalb Europas werden.

Privat vor Staat:

„Für die vor uns liegenden Aufgaben braucht es Tempo beim Infrastrukturausbau. Die Verfahren, Entscheidungen und Umsetzungen müssen deutlich schneller werden. Wir werden deshalb Planungs- und Genehmigungsverfahren modernisieren, entbürokratisieren und digitalisieren sowie die Personalkapazitäten verbessern ...“

Das klingt im Prinzip gut, wenn klar wäre, dass es sich um kommunales oder staatliches, dem Gemeinwohl verpflichtetes Personal handelt. Tatsächlich dürfte es wohl eher in eine andere Richtung gehen: einmal die Beraterstrukturen zu stärken (die von kleineren Agenturen bis zu den großen Beraterkonzernen reichen). Zum andern stehen die aus der ÖPP Deutschland AG in die „PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH“

gewechselten PPP-Berater bereit:

„Die Inhouse-Beratungskapazitäten der öffentlichen Hand werden zu Beschleunigungsagenturen ausgebaut, auf die auch Länder und Kommunen einfach zugreifen können. Die Einsatzmöglichkeiten für private Projektmanagerinnen und Projektmanager werden ausgedehnt.“

Die Einhaltung des Kreditaufnahmeverbots (Schuldenbremse) wird weiterhin als ‚Rutschbahn in die Privatisierung‘ (Schreiner/Eicker-Wolf) dienen:

„Wir werden im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse die nötigen Zukunftsinvestitionen gewährleisten ...

Ab 2023 werden wir dann die Verschuldung auf den verfassungsrechtlich von der Schuldenbremse vorgegebenen Spielraum beschränken und die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten.

Deutschland muss als Stabilitätsanker weiterhin seiner Vorreiterrolle in Europa gerecht werden. Finanzielle Solidität und der sparsame Umgang mit Steuergeld sind Grundsätze unserer Haushalts- und Finanzpolitik.“

Ein Hohn angesichts der geplanten massiven Umgehung durch Schattenhaushalte!
Aber das ist deutscher Politikstil.

Alle Ausgaben auf den Prüfstand

Die Formulierungen aus dem Ampelvertrag erinnern sehr an die Regierungsmaxime von Roland Koch, CDU.

„Darüber hinaus ist es erforderlich, dass für die gesamte Legislaturperiode alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden und eine strikte Neupriorisierung am Maßstab der Zielsetzungen in diesem Koalitionsvertrag erfolgt.“!

„Um finanzielle Potenziale für Zukunftsinvestitionen zu schaffen, werden wir im Rahmen der Haushaltsaufstellungs- und des parlamentarischen Verfahrens auch Ausgabenkürzungen vornehmen und Ausgabenreste abbauen.“

Immer wenn von „Kernaufgaben“ die Rede ist, wird es gefährlich, weil dahinter das Konzept des „schlanken Staats“ lauert:

„Bei Kernaufgaben des Staates verbleibt es grundsätzlich bei einer staatlichen Umsetzung und Finanzierung. Ausgewählte Einzelprojekte und Beschaffungen können im Rahmen Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP) umgesetzt werden.“

Mehr privates Kapital

„Die öffentlichen Investitionen insbesondere in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung werden wir im Rahmen der bestehenden Schuldenregel des Grundgesetzes gewährleisten, Anreize für private Investitionen setzen und Raum für unternehmerisches Wagnis schaffen, um so Wachstum zu generieren.“

„Wir wollen mehr privates Kapital für Transformationsprojekte aktivieren. Dazu prüfen wir auch, welche Beiträge öffentliche Förderbanken zur Risikoabsicherung leisten können.“

„Wir verfolgen dazu eine Politik, die die Investitionen – privat, wie öffentlich – deutlich erhöht.“

Wir wollen mehr privates Kapital für Transformationsprojekte aktivieren. Dazu prüfen wir auch, welche Beiträge öffentliche Förderbanken kapitalmarktnah zur Risikoabsicherung leisten können.“

Die Reichweite der Finanzierungsvorschläge reicht von „Green Bonds“ über einen „Zukunftsfonds“, der den „Wagniskapitalmarkt auch für institutionelle Investoren öffnet ...“

„Barrieren für grenzüberschreitende Kapitalmarktgeschäfte in der EU abbauen“ ist ein weiterer Schritt.

Aber auch Investitionsprämien, „Superabschreibungen“ (Vorsicht Steuerminderung) und die Ausweitung von Verlustvorträgen/-rückträge (dito) werden als Instrumente genannt.

Auch die umlagenfinanzierte Rente soll durch „eine teilweise Kapitaldeckung“ in den Kapitalmarkt einbezogen werden (Blackrock lässt grüßen): „Die betriebliche Altersversorgung wollen wir stärken, unter anderem durch die Erlaubnis von Anlagemöglichkeiten mit höheren Renditen.“

„Die gesetzliche Anerkennung privater Anlageprodukte mit höheren Renditen als Riese“ soll geprüft werden prüfen. „Eine Förderung soll Anreize für untere Einkommensgruppen bieten, diese Produkte in Anspruch zu nehmen.“

Zur Beruhigung scheinbare Kontrolle:

Wer sich an die Aufarbeitung der „Bankenkrise“ erinnert, weiß, dass nennenswerte Eingrenzungen der Kapitalspekulation nicht gelungen sind. Dennoch gibt es Beruhigungspillen im Ampelvertrag:

„Wir werden die BaFin beauftragen, Regulierungslücken im Grauen Kapitalmarkt zu identifizieren.“

„Schattenbanken sind angemessen zu regulieren und zu beaufsichtigen; dazu unterstützen wir die Arbeiten des Financial Stability Board und werden die Kommission auffordern zeitnah Regulierungsvorschläge vorzulegen.“

„Verzerrungen durch Hochfrequenzhandel wollen wir durch geeignete Marktregeln begrenzen. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir durch die Absenkung der Positionslimits auf europäischer Ebene begrenzen.“

„Ökologische und gegebenenfalls soziale Werte wollen wir im Dialog mit der Wirtschaft in bestehende Rechnungslegungsstandards integrieren, beginnend mit Treibhausgasemissionen. Wir unterstützen deshalb das Vorhaben der Europäischen Kommission, eine ‚Corporate Sustainability Reporting Directive‘ zu entwickeln.“

Auch Gewerkschaftsforderungen haben Eingang gefunden:

Sie sollen ja schließlich mitgenommen werden.

„Zur Stärkung der Tarifbindung wird die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages der jeweiligen Branche gebunden, wobei die Vergabe auf einer einfachen, unbürokratischen Erklärung beruht. Betriebsausgliederung bei Identität des bisherigen Eigentümers zum Zwecke der Tarifflicht werden wir verhindern, indem wir die Fortgeltung des geltenden Tarifvertrags sicherstellen. Unangetastet bleibt § 613a BGB (Rechte und Pflichten beim Betriebsübergang). Im Dialog mit den Sozialpartnern werden wir weitere Schritte zur Stärkung der Tarifbindung erarbeiten und hierbei insbesondere Möglichkeiten für weitere Experimentierräume

erörtern.“

„Die Mitbestimmung werden wir weiterentwickeln. Betriebsräte sollen selbstbestimmt entscheiden, ob sie analog oder digital arbeiten. Im Rahmen der verfassungsrechtlich gebotenen Maßstäbe werden wir Online-Betriebsratswahlen in einem Pilotprojekt erproben. Wir schaffen ein zeitgemäßes Recht für Gewerkschaften auf digitalen Zugang in die Betriebe, das ihren analogen Rechten entspricht. (...) Die Behinderung der demokratischen Mitbestimmung stufen wir künftig als Offizialdelikt ein.“

„Missbräuchliche Umgehung geltenden Mitbestimmungsrechts wollen wir verhindern.“

Nachbemerkung

Diese Einschätzung mag mancher und manchem zu pessimistisch erscheinen. Sie fußt aber auf den Erfahrungen mit grüner Realpolitik in zahlreichen Bundesländern mit grüner Beteiligung und grünen UmweltministerInnen. Ein durchgängiges Kennzeichen bei allen Ampelparteien ist der Einfluss der privaten und auf private Rendite ausgerichteten Beraterbranche. Ich erinnere nur an den Einfluss des Beraterkonzerns PriceWaterhouseCoopers bei der Autobahnprivatisierung und der Verankerung von PPP im Grundgesetz 2017 oder an den Einfluss der Bertelsmann-Stiftung bei der Schließung und Privatisierung von Krankenhäusern.

Problematisch wird es immer dann, wenn die Verursacher ökologischer Schäden zum Retter der Umweltprobleme auserkoren werden.

In meinen Büchern habe ich diese Erfahrungen zusammengefasst, insbesondere die Ausrichtung der deutschen Politik an der Leitlinie des „Germany First“, die in diesem Ampelvertrag eine neue Auferstehung feiert, diesmal mit ökologischem Anstrich.

